

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

Frieden mit Russland! Daran sollte uns allen, ob jung oder alt, liegen. Antreiben sollten uns weder Ideologie noch Nostalgie – die Politik der russischen Regierung ist an vielen Stellen verurteilenswert. Dennoch darf der Konflikt zwischen dem größten Staat der Erde und der „westlichen Welt“ nicht in eine neue, lange Eiszeit münden. Auch wir können Signale der Versöhnung beitragen.

Das beginnt mit der Aufarbeitung historischer Schuld. Die Regierungsfractionen haben unseren erneuten Vorstoß, den 8. Mai in Sachsen zu einem gesetzlichen Gedenktag zu erklären, dennoch abgewiesen. Es gab auch keine regierungsamtliche Veranstaltung zu diesem wichtigen Datum. Vielmehr blamierte sich der Ministerpräsident im ehemaligen Kriegsgefangenenlager Zeithain. Dort wies er nicht nur jovial darauf hin, dass er die Gedenkstätte zum ersten Mal besuche. Er schwadronierte – vor Zeitzeugen! – auch noch davon, dass Sachsen erst am 9. November 1989 befreit worden sei. Welch dreiste Relativierung der faschistischen Gewalt Herrschaft!

Apropos: Während die Landesregierung ein Projekt zur Schicksalsklärung sowjetischer Kriegsgefangener beinahe sterben ließ, will der Bundestag nach langem Drängen von LINKEN und Grünen eine Stiftung gründen, um die noch lebenden Mitglieder dieser Gruppe zu entschädigen. Eine gute Nachricht, immerhin. Denn wer Frieden mit der Vergangenheit fördert, ermöglicht Frieden in der Zukunft.

Wer die Notwendigkeit einer Aussöhnung mit Russland dennoch bezweifelt, sei auf die sanktionsbedingten Exporteinbrüche hingewiesen, unter denen auch sächsische Unternehmen leiden. Es ist Zeit, die Fronten aufzuweichen.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Der 8. Mai wird erneut nicht Gedenktag – obwohl die Zeit drängt

Über die sächsische Gedenkkultur wird häufig diskutiert. Meist beschränkt sich das auf Zeiten und Orte, wie die Stadt Dresden zum Jahrestag ihrer Zerstörung. Die liegt 70 Jahre zurück, ebenso wie die wohl bedeutendste Zäsur des 20. Jahrhunderts: unsere Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft. Dieses Jubiläum nahm die Fraktion DIE LINKE zum Anlass, um landesweit erneut zu fordern, dass der 8. Mai in den Reigen sächsischer Gedenktage aufgenommen wird. Danach erlebten wir teilweise absurde Debatten. So argumentierte etwa der CDU-Oberbürgermeister der Stadt Aue, die Alliierten hätten Deutschland nicht befreien, sondern besetzen wollen; der 8. Mai sei folglich kein Teil der Gedenkkultur. Tatsächlich aber beendeten ihre Truppen – unter riesigen Opfern – das millionenfache Sterben in Europa.

Wir hofften, dass sich die demokratischen Parteien über die Bedeutung der Befreiung im Prinzip einig sein würden. Als der Landtag unseren Entwurf „Gesetz zur Einführung eines Gedenktages zum Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus am 8. Mai 1945“ (Drucksache 6/1094) Ende April abschließend beriet, mussten wir uns aber vom Gegenteil überzeugen lassen. **Franz Sodann, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE**, verwies auf die Vorbildrolle vieler europäischer Staaten und deutscher Bundesländer, in denen der 8. Mai ein gesetzlicher Gedenk- oder Feiertag ist. „Alle alliierten Partner erinnern sich des Tages. Die UNO bittet ausdrücklich darum. Warum sperren wir uns? Gerade wir hätten alle Gründe, das Kriegsende mit ungeheurer Erleichterung, überwältigender Freude, und ja, auch mit Scham, zu ehren – um unserer selbst willen, für die Zukunft als Mahnung und auch als Zeichen an diejenigen, die der Hölle entkommen sind und an die, die sie und uns davon befreit haben“.

In absehbarer Zeit wird niemand mehr leben, der den Faschismus erlebt hat. „Spätestens dann werden die Erinnerungen verblassen, entfallen, verschwinden. Damit wird es wieder möglich, der leider immer noch fruchtbaren Saat wieder Nahrung zu geben. Der Geist ist schon wieder da, es ist nicht nur der Schoß, aus dem das kroch. Rassismus, Chauvinismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit – alle möglichen Ideologien zur Begründung sozialer Ungerechtigkeit und gesellschaftlicher Ausgrenzung haben Konjunktur“, so Sodann. Dennoch waren die Regierungsfractionen nicht bereit, Opfern und Befreiern mittels eines Gedenktages Respekt zu erweisen. Das änderte sich auch nicht,

nachdem wir auf SPD, Grüne und Teile der CDU inhaltlich zuzingen. Mit eher ideologischen Argumenten hatten sich diese Fraktionen in der Ausschussberatung gegen die Bezeichnung „Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus“ gewehrt. Unter anderem wurde behauptet, das Reden vom Begriff „deutscher Faschismus“ – der neben anderen europäischen Faschismus-Typen, etwa dem italienischen, spanischen oder ungarischen steht – könne dazu führen, dass die Einzigartigkeit des Holocaust bezweifelt wird. Wir waren kompromissbereit und beantragten fortan, dass der 8. Mai zum „Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges in Europa“ erklärt werde.

Damit erreichten wir allerdings nur, dass die Koalitionsfraktionen ihre Argumente an noch längeren Haaren herbeizogen. Nun hieß es etwa, es habe nicht genug Zeit zur Verfügung gestanden, um das Vorhaben koalitionsintern zu besprechen. Jedenfalls ließen CDU und SPD unseren Gesetzesentwurf durchfallen. So scheiterte ein wichtiges Anliegen erneut an kleinkariertem parteipolitischem Gezänk. Besonders bitter: Es bleibt nicht mehr viel Zeit, um es umzusetzen; zumindest dann nicht, wenn die letzten Zeitzeugen diese späte, viel zu späte Anerkennung noch erleben sollen.

Am 8. Mai schließlich, knapp zwei Wochen nach dem ablehnenden Votum der Landtagsmehrheit, versandte die SPD-Abgeordnete Hanka Kliese eine Pressemitteilung. Darin heißt es vollkommen zu Recht: „Die Befreiung vom Krieg ist ein historisches Verdienst, das es auf vielfältige Weise zu würdigen gilt“. Dann das überraschende Bekenntnis:

Den 8. Mai als Gedenktag zur Befreiung vom Nationalsozialismus offiziell einzuführen, sei für die SPD-Fraktion „nicht abwegig“. „Möglicherweise ist das eine sinnvolle Art des Gedenkens, wenn es entsprechend ausgestaltet wird. Dazu sollten wir Zeitzeugen und Experten aus der Gedenkstätten-Arbeit befragen“, so Kliese. Franz Sodann begrüßte das – wies aber darauf hin, dass auch Kliese nicht für unseren Entwurf gestimmt hatte und sich damit der Möglichkeit beraubte, ihrem Denken Taten folgen zu lassen. Gleichwohl sei ihre Äußerung ein „Schritt in die richtige Richtung“, wenn auch „die Verantwortung für den Inhalt der Gestaltung dieses Tages nicht an die wenigen noch lebenden Zeitzeugen und auch nicht an Gedenkstätten-Experten delegiert werden“ dürfe. Praktische Folgen dieser kleinen Rückwärtsrolle: keine.

Auch künftig besteht also wenig Hoffnung, dass der 8. Mai hierzulande ein gesetzlicher Gedenktag werden könnte. Schuld ist auch die Verweigerungshaltung der CDU. Das ist alles andere als ein Ruhmesblatt, nicht nur für die sächsische Gedenkpolitik. Es ist eine Niederlage der Menschlichkeit. Doch wir bleiben dran!



Kranzniederlegung der Fraktion DIE LINKE anlässlich der Würdigung des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 2015 auf dem Sowjetischen Garnisonsfriedhof Dresden

Aufklärung im NSU-Kernland geht weiter

„Na Klasse! Beschäftigungstherapie geht weiter: Linke und Grüne #saxlt beantragen neuen NSU-Untersuchungsausschuss“. Mit dieser „geistreichen“ Äußerung per Kurznachrichtendienst twitter teilte der sächsische CDU-Abgeordnete Sebastian Fischer den Angehörigen der NSU-Opfer mit, was er von Bestrebungen hält, das Behördenversagen beim Rechtsterrorismus aufzuklären. Er echauffierte sich, weil die Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/DIE GRÜNEN erfolgreich beantragten, erneut einen Untersuchungsausschuss „**Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen**“ einzusetzen.

Ein solches Gremium gab es bereits vor der Wahl, es konnte seine Arbeit allerdings aus Zeitgründen nicht beenden. Die Schlussfolgerungen von damals begannen mit der Empfehlung an den neuen Landtag, den Ausschuss wieder aufleben zu lassen. Denn noch immer sind viele Fragen offen: Woher hatten Verfassungsschutz, Polizei und Landeskriminalamt zutreffende Hinweise über einen möglichen Aufenthalt des geflüchteten Terror-Trios in Chemnitz, und warum führten diese nicht zu dessen Ergreifung? Warum gab es keine Sonderkommission zur Aufklärung der zahlreichen



Banküberfälle, die der NSU beging? Warum fassten die Behörden wichtige NSU-Unterstützer nicht, obwohl sie militante Neonazi-Strukturen wie das „Blood and Honour“-Netzwerk im Visier hatten? Fragen über Fragen, die auch und gerade in Sachsen zu klären sind. Denn wenn vom NSU die Rede ist, geht es stets auch um den Freistaat. Hier tauchten Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos Anfang 1998 unter. Hier fanden sie Unterstützer und konspirative Wohnungen, horteten Waffen und planten schwerste Straftaten. Hier blieben sie bis November 2011

unentdeckt. Sachsen war das Kernland des NSU.

„Wir sind es den Opfern des NSU und den Hinterbliebenen schuldig, so präzise wie möglich herauszuarbeiten, unter welchen – auch politischen – Bedingungen der NSU in Sachsen entstehen und im ganzen Bundesgebiet morden konnte“, mahnte die **Antifaschismus-Expertin der LINKEN, Kerstin Köditz**. Diese Bedingungen müssten geändert werden, um eine Wiederholung auszuschließen. „Das betreiben wir nicht als Selbstzweck.

Wir tun es im Gedenken“, so Köditz. Sie rief erneut die Namen der NSU-Opfer ins Gedächtnis: **Enver Şimşek**, getötet am 9. September 2000 in Nürnberg. **Abdurrahim Özüdoğru**, getötet am 13. Juni 2001 in Nürnberg. **Süleyman Taşköprü**, getötet am 27. Juni 2001 in Hamburg. **Habil Kılıç**, getötet am 29. August 2001 in München. **Mehmet Turgut**, getötet am 25. Februar 2004 in Rostock. **Ismail Yaşar**, getötet am 9. Juni 2005 in Nürnberg. **Theodoros Boulgarides**, getötet am 15. Juni 2005 in München. **Mehmet Kubaşık**, getötet am 4. April 2006 in Dortmund. **Halit Yozgat**, getötet am 6. April 2006 in Kassel. **Michèle Kiesewetter**, getötet am 25. April 2007 in Heilbronn.

Zwischenzeitlich arbeiten auch NSU-Untersuchungsausschüsse in Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und demnächst wohl auch wieder im Bundestag. Für die sächsische Linksfraktion werden die Abgeordneten Kerstin Köditz, Lutz Richter, André Schollbach und Mirko Schultze die Arbeit im Untersuchungsausschuss aufnehmen. Das wird sie stark beschäftigen – allerdings nicht zum Zweck irgendeiner Therapie, sondern im Dienst der Demokratie. Und damit rechter Terror künftig keine Chance mehr hat.

Sachsen verliert historisches Forschungsprojekt – mehr als ein Imageschaden!

Erika Steinbach polarisiert. Die langjährige Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, die einst die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die BRD ablehnte, hat schon oft für Empörung gesorgt. Das wäre nicht weiter von Belang, würde sie nicht ein Paradebeispiel für eine perfide Logik abgeben. So bekannte sie, sie könne Formulierungen wie „Tag der Befreiung“ nicht ertragen, weil alliierte Truppen in Deutschland Verbrechen begangen haben. Sie könne auch nicht befürworten, dass die Bundesregierung ehemalige sowjetische Kriegsgefangene

entschädige, da diese nach ihrer Heimkehr in die Stalin'sche Sowjetunion weiter gelitten hätten und folglich Putin für Wiedergutmachung zuständig sei. Dabei war das hitlerfaschistische Deutschland für den Eroberungs- und Vernichtungskrieg verantwortlich! Dessen Folgen schlugen zwangsläufig zurück. Unermessliches Leid auf den verschiedenen Seiten ist nicht aufrechenbar.

Wir wollen der sächsischen Staatsregierung nicht unterstellen, dass sie derlei relativierenden Geschichtsbildern anhängt. Allerdings müsste sie erklären, was stattdessen zu einer der größten geschichtspolitischen Blamagen in der Geschichte des Freistaates geführt hat. Damit ist nicht gemeint, dass der Ministerpräsident kürzlich und mit hin erst nach sieben Amtsjahren die Gedenkstätte des Kriegsgefangenenlagers Zeithain besuchte – und auch noch die Stirn besaß, diese Schmach bei seiner Gedenkrede zuzugeben. Nein, vielmehr geht es um eine noch größere Instinktlosigkeit. Der Freistaat ließ das Forschungsprojekt der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Klärung des Schicksals sowjetischer Kriegsgefangener beinahe sterben – obwohl noch hunderttausende Akten aufgearbeitet werden müssen. Dabei hatte die LINKEN schon 2013 darauf hingewiesen, dass dessen Finanzierung Ende 2014 ausläuft. Geschehen ist

nichts, bis es im Frühjahr Meldungen gab, dass die Forschungsarbeit ruhe. Die Kulturstaatsministerin der Bundesregierung, Monika Grütters, hatte die Mittel gestrichen – ausgehend von einer Entscheidung der schwarz-gelben Koalition im Jahr 2012. Zwar stellte das sächsische Wissenschaftsministerium Überbrückungsgelder bereit, diese wurden allerdings nicht zweckgemäß verwendet.

So brachte die Linksfraktion erneut einen Antrag ein (*Drucksache 6/1218*). Damit wurde die Staatsregierung aufgefordert, die Auskunftserteilung zu sichern und mit der Bundesregierung über die finanzielle Zukunft der Forschungsarbeit zu verhandeln. Der **Kulturpolitiker der LINKEN, Franz Sodann**, verwies auf den Beitrag zur Versöhnung, den das Projekt leistet: „Der Krieg vernichtete 25 Millionen sowjetische Menschen. Von den Kriegsgefangenen wurden Tausende erschossen, die meisten starben durch Hunger, Kälte, Krankheiten und Seuchen. Dieses sprachlos machende Verhältnis ist nur ein Hinweis darauf, wie wichtig die Aufarbeitung ist“. Inzwischen konnten rund eine Million Schicksale geklärt werden. Teilweise erhielten Kinder und Enkelkinder zum ersten Mal ein Foto ihres Vaters oder Großvaters. „Erst mit der Gewissheit entsteht die Möglichkeit, mit der eigenen Geschichte und mit dem Verursa-

cher dieses Vernichtungskrieges Frieden zu schließen, um gemeinsam in eine Zukunft schauen zu können“, so Franz Sodann.

Unbeirrt lehnten die Koalitionsfraktionen auch diesen Antrag ab. Inzwischen hat die Auskunftsstelle zwar ihre Arbeit wieder aufgenommen – Druck von links hat offenbar gewirkt. Doch wie sieht die Zukunft des Projektes aus? Zwar erklärten Staatsregierung und Koalitionsfraktionen, über Forschungsprojekt und Auskunftsstelle bereits erfolgreich mit dem Bund zu verhandeln. Mittlerweile wissen wir aber, dass die Bundesregierung und das Auswärtige Amt bereits am 24. April der Russischen Botschaft mitteilten, dass beides nicht in Sachsen verbleiben soll. Ab 2016 will die Bundesregierung die Auskunftsstelle und das Forschungsprojekt beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und der Wehrmachtsauskunftsstelle ansiedeln.

Sodanns Fazit: „Der Sächsische Landtag hat eine Chance verspielt, vor der Öffentlichkeit siebzig Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus und dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa seine Empathie für die Opfer und Hinterbliebenen unter Beweis zu stellen“. Das ist nicht nur peinlich, sondern gefährlich, weil es die Versöhnung behindert – womit wir wieder bei Erika Steinbach wären ...



Solidarität heißt Entbehrung – ist aber ungeheuer wichtig

Susanne Schaper, gelernte Krankenschwester und Gesundheitsexpertin der Fraktion DIE LINKE, hat wieder für mehrere Wochen den Schreibtisch gegen den OP-Tisch getauscht. Bei einem Hilfseinsatz im Krankenhaus der vietnamesischen Stadt Đà Nẵng operierte sie als Teil eines Ärzteteams kostenlos einheimische Kinder. „Parlamentsreport“ sprach mit ihr über diesen Perspektivwechsel.

Susanne, zum wievielten Mal warst Du inzwischen im Einsatz?

Seit 2009 war ich, mit Ausnahme meiner Babypause 2013, in jedem Frühjahr dort.

Wer organisiert die Fahrten?

Das ist eine Hilfsorganisation namens Deviemed in Würzburg. Die stellt zweimal im Jahr ein Ärzteteam zusammen. Die Arbeit wird aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen finanziert.

Bist Du über Deine Tätigkeit als Krankenschwester dazu gekommen?

Ich hatte damals kein Geld, um zu spenden, und habe mir gedacht: Wie kannst Du helfen? Das Handwerk, das ich kann, bot sich an, also habe ich mich beworben. Ein Oberarzt hatte gefragt, ob ich ihn begleite. Beim ersten Mal wurden wir abgelehnt, aber beim zweiten Mal konnten wir mitfahren. Seitdem bin ich „gebucht“.

Welche Erkrankungen operiert ihr vornehmlich?

Wir behandeln Kinder mit Lippen-Kiefer-Gaumen-Spalten. Dieses Phänomen tritt in Vietnam vermehrt auf. Zum einen liegt das an der Fehlernährung,

zum anderen ist das eine Spätfolge des krebserregenden Herbizids „Agent Orange“, mit dem die amerikanischen Truppen während des Krieges ganze Landstriche entlaubten, um den vietnamesischen Soldaten die Deckung zu nehmen. Die Pestizide sind in den nicht aufgeforsteten Gebieten bis heute in der Nahrungskette nachweisbar. Dadurch kommt es zu Erbgutschäden.

Gibt es in Vietnam einen speziellen Mangel an qualifiziertem Personal für dieses Problem?

Ja. Das ist ein ganz spezielles OP-Verfahren, in dem man geschult und geübt sein muss. Wir leisten auch Hilfe zur Selbsthilfe, qualifizieren hiesiges Personal.

Gibt es noch andere Zeichen, an denen man den Krieg bis heute spüren kann?

Sicher ist die Gesellschaft dort immer noch traumatisiert. Der Altersdurch-

schnitt liegt bei knapp über 20 Jahren. Dort ist eine komplette Generation ausgelöscht worden.

Wie groß ist euer Team?

Es sind immer zehn bis zwölf Ärzte, Pfleger, Schwestern oder Kieferorthopäden. Die kommen aus dem ganzen Bundesgebiet. Ich betreue als Anästhesieschwester den Aufwachraum und übernehme die Narkosebegleitung.

Wie viele Operationen schafft ihr im Schnitt täglich?

Wir versuchen auf zwei, manchmal auf drei Tischen parallel zu operieren. Das heißt, dass wir etwa sieben Operationen pro Tag schaffen.

Operiert ihr ausschließlich Kinder oder auch Erwachsene?

Ausschließlich Kinder. Zum Teil stehen dort Hunderte nach einer Operation an, und wir müssen uns überlegen, wie

wir die Leute auswählen. Wir operieren vornehmlich Kinder bis drei Jahre, und bearbeiten keine ästhetischen Korrekturen, sondern nur Fälle, in denen wir die Lebensqualität deutlich steigern. Und die kleinen Mäuse haben erstens die besten Chancen auf Wiederherstellung, zweitens noch die meiste Zeit vor sich.

Wie sind allgemein die hygienischen Bedingungen?

Die kann man mit unseren nicht vergleichen. Die Menschen dort haben auch ein anderes Immunsystem als wir. Erschwerend kommt die Hitze dazu, die ist nicht förderlich für die Wundheilung. Wir essen und wohnen dort auch nicht in Hotels, sondern wie die Einheimischen. Krank sind wir da meistens alle ein bisschen. Wir versuchen die hygienischen Bedingungen trotzdem so optimal wie möglich zu gestalten und richten den OP-Saal komplett selbst ein.

Gibt es trotz der stressigen Arbeit auch etwas Freizeit?

Wir sind immer abrufbereit, weil auch mal eine Wunde nachbluten kann. Wir machen jeden Tag eine Frühvisite. An Samstagnachmittagen oder an Sonntagen unternehmen wir aber auch mal einen kleinen Ausflug mit dem Moped.

Was nimmst Du für die politische Arbeit mit?

Man kann Solidarität predigen. Meine Maxime ist aber, gerade auch gegenüber meinen Kindern, dass Solidarität auch Entbehrung bedeuten kann. Die Menschen, die helfen können, die eine Profession oder das Geld haben, sollten das tun.



Die Hosen der Kanzlerin

Die Vorratsdatenspeicherung kommt. Was die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht vermochte, schafft eine Koalition aus CDU und SPD: das anlasslose Erfassen jeglicher elektronischer Kommunikation. Der Aufschrei ob dieser Ausspähung ist kaum wahrnehmbar. Haben wir uns damit abgefunden, dass unsere Kommunikation nicht mehr vertraulich ist? Es ist merkwürdig still in diesem Land, in dem Kommunikation immer mehr in Kanälen stattfindet, die für Dritte leicht zugänglich sind. Schuld ist auch die Politik des Sich-Nicht-Empören-Wollens, die von der Bundeskanzlerin vorgelebt wird. Als sich der Bundestag mit der Ausspähung von Merkels Handy durch amerikanische Nachrichtendienste befasste, rang sich die Abgeordnete lediglich ein schüchternes „Das geht unter Freunden gar nicht“ ab. Nur unter Freunden nicht? Ernsthaftes Handeln entfiel dementsprechend. „Man ahnt: Wenn die Hose der Kanzlerin Feuer finge, sie würde die Flammen entschieden zurückweisen“, kommentierte Parlamentsbeobachter und Buchautor Roger Willemsen lakonisch.

Datensammlungen müssen begrenzt werden, Schnüffelei unterbleiben – bei Geheimdiensten, sonstigen staatlichen Stellen oder anderen Akteuren. Deshalb setzte die Linksfraktion die Vorratsdatenspeicherung auf die Tagesordnung – mit einer Aktuellen Debatte. **Juliane Nagel, Sprecherin für Datenschutz**, erinnerte an das Urteil des Europäischen Gerichtshofes von 2014. Demnach berührt die Vorratsdatenspeicherung das Grundrecht auf Schutz der Privatheit und den Schutz der privaten Daten. Sie ist unverhältnismäßig. „Das bedeutet, dass nicht allein der Zugang zu den gespeicherten Daten und deren Weiterverarbeitung grundrechtsrelevant sind, sondern schon der Akt der Speicherung“, so Nagel. Es gebe keine Belege für die Notwendigkeit der Vorratsdatenspeicherung als Ermittlungsmethode.

Mit diesem Urteil ist die EU-Richtlinie, mit der die Mitgliedsstaaten zur Einführung des Schnüffelprojekts angehalten werden, vom Tisch. Ob eine neue kommt, ist unklar. Noch im März verkündete Bundesjustizminister Heiko

Maas (SPD), dass es ohne ein Signal aus Brüssel keinen nationalen Alleingang bei der Vorratsdatenspeicherung geben werde. Dennoch legte er bald darauf Eckpunkte vor. Statt für sechs Monate sollen Telefon- und Internet-Verbindungsdaten nun maximal zehn Wochen, Handystandortdaten vier Wochen lang gespeichert werden. Das wird als neue „grundrechtsschonende“ Variante der Vorratsdatenspeicherung präsentiert. „Das ist alter Wein in neuen Schläuchen. Übrigens ist ‚grundrechtsschonend‘ ein Euphemismus. Entweder ein Vorgang ist konform mit Grundrechten oder nicht!“, so Nagel. „Lassen sie uns dem Weg in die Totalüberwachung das Wasser abgraben. Senden wir aus Sachsen ein NEIN zur neuen Vorratsdatenspeicherung!“, forderte Nagel.

Von den Regierungsfractionen waren die üblichen Beschwichtigungsformeln zu hören – alles nicht so schlimm, so der Tenor. Der **Rechtsexperte der Linksfraktion, Klaus Bartl**, widersprach: „Die Telefonverbindungsdaten von 80 Millionen Menschen werden monatlang gespeichert, weil die

Polizei sie einmal brauchen könnte. Das ist die Denke nicht eines Rechts-, sondern eine Überwachungsstaats“. Auch das Argument, man werde die gespeicherten Daten vor Missbrauch schützen, überzeuge nicht. „Es gibt in Deutschland derzeit 3600 Anbieter von Telekommunikation. Die Bundesdatenschutzbeauftragte Andrea Voßhoff hat bereits bekundet, dass sie mit den jetzigen Mitteln statistisch gesehen jedes der beteiligten Unternehmen alle 360 Jahre kontrollieren könnte“.

Der Entwurf des Gesetzes ist bewusst so angelegt, dass es den Bundesrat nicht passieren muss. DIE LINKE fordert von der Staatsregierung, dass sie solche Lumpereien in Berlin verhindert. Dann wäre es auch auf Landesebene möglich, sich zu wehren. Ernsthaftes Handeln für den Datenschutz ist von der sächsischen aber ebenso wenig zu erwarten wie von der Bundesregierung – obwohl mit der SPD eine bekennende Gegnerin der Vorratsdatenspeicherung am Tisch sitzt. Finden wir uns damit nicht ab. Begehren wir auf, für sichere Kommunikation!

„Die Barrieren in den Köpfen sind die Steine auf dem Weg ...“

Viele kleine Dinge werden von den meisten Menschen nicht weiter beachtet. Für einen erklecklichen Teil der Bevölkerung stellen sie aber oft große Hindernisse dar. Hohe Bordsteinkanten, zu enge Parkplätze, zu kleine Schrift auf Schildern, „tonlose“ Ampeln – knapp 700.000 Menschen in Sachsen, die mit einer körperlichen, geistigen, seelischen oder/und Sinnesbeeinträchtigung leben, treffen im Alltag noch immer auf Barrieren. Diese existieren nicht zufällig, sondern sie sind Ergebnis menschlichen Handelns. Dahinter steht ein noch immer recht schwaches Bewusstsein für Fragen von Barrierefreiheit und Inklusion. Die Gruppe Blind Foundation hat es

in einem ihrer Songtexte so formuliert: „Die Barrieren in den Köpfen sind die Steine auf dem Weg“. Und weiter: „Habt ein bisschen Mut und die Zweifel sind ganz schnell weggefegt!“ Die Beseitigung dieser Barrieren, innerhalb und außerhalb der Köpfe, ist vielerorts noch Zukunftsmusik. Sachsen ist neben Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein eines von wenigen Bundesländern, das nicht über einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) verfügt. Eine Schlusslichtposition – auch sechs Jahre nach der Unterzeichnung des auch für Deutschland verbindlichen Übereinkommens. Noch einmal Blind Foundation: „Es ist

in andern Ländern doch schon längst Realität: / alle zusammen vom Kindergarten bis hin zur Universität! / Um dies in Deutschland zu erreichen, muss man erst mal vor Gericht / und trotz viel Mühe, Zeit und Geld ist Inklusion hier nicht in Sicht. / Die Selbstverständlichkeit, mit andern Menschen umzugehen, / fehlt bei vielen heute noch, ja, das kann man täglich sehen“. Dabei ist längst verbrieft: Menschen mit Beeinträchtigungen haben dieselben Rechte wie Menschen ohne dieselben.

Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD sieht vor, einen Plan zur Umsetzung der UN-BRK zu entwickeln. Geschehen ist bislang nichts. Per Antrag (*Drucksache 6/1384*) hat die Linksfraktion deshalb erneut entschlossene Schritte in Richtung Inklusion gefordert. Ein „Sächsischer Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)“ soll auf Daten zur Lebenswirklichkeit von Menschen mit Beeinträchtigung und auf den völker- und menschenrechtlichen Verpflichtungen, die sich aus der UN-BRK ergeben, fußen. Er soll Umsetzungsmaßnahmen und Anforderungen an staatliches Handeln formulieren, um Diskriminierungen gezielt entgegenzutreten. Interessenvertretungen und Verbände der Menschen mit Behinderungen müssen

ständig einbezogen werden. Eine zentrale und weisungsunabhängige Koordinationsinstanz soll die Erarbeitung organisieren.

Horst Wehner, Sprecher für Inklusion der Fraktion DIE LINKE, erinnerte die Staatsregierung in der Debatte zum Antrag an ihre Hausaufgaben: „Politik und Staat müssen ihr Handeln konsequent an den Menschenrechten ausrichten. In der Rede des Ministerpräsidenten zum Haushalt war kein einziges Mal von Inklusion die Rede. Das ist nicht hinnehmbar!“ Erst wenn die Verpflichtungen angenommen und daraus ein staatliches Arbeitsprogramm entwickelt würde, handle Sachsen im Sinne der UN-BRK. Doch Pläne seien in jedem Fall zunächst nur Pläne. „Zeigen Sie eine klare Handlungsorientierung! Barrierefreiheit ist elementar für eine inklusive Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt am Leben teilhaben können“, so Wehner. Dennoch fand der Antrag der LINKEN keine Mehrheit – für Wehner nicht nachvollziehbar. „Dabei ist es gar nicht schwer, alle Menschen im Blick zu haben. Von ebenerdigen Zugängen, Schrägen, deutlichen Ausschilderungen profitieren schließlich alle“. Manchmal sind es schließlich auch „kleine Dinge“, mit denen sich Großes schaffen ließe.



So geht „So geht sächsisch“ nicht!

Peanuts sind etwas anderes: Insgesamt 16 Millionen Euro will die Staatsregierung allein 2015 und 2016 für die Imagekampagne „So geht sächsisch“ ausgeben. Mit der Umsetzung hat sie die Düsseldorfer Kommunikationsagentur KetchumPleon beauftragt. Vorgebliche Ziele: die Bekanntheit des Freistaates erhöhen, ihm zu einem positiven Image verhelfen. Daran ist nichts auszusetzen. Allerdings haften der Kampagne diverse Geschmäcke an. Das beginnt bei ihrem Start: Seit Januar 2011 stand Geld für die Vorbereitung der Ausschreibung bereit, ausgeschrieben wurde aber erst elf Monate später. Bis zum Kampagnenstart vergingen weitere anderthalb Jahre – bis die Landtagswahl 2014 näher gerückt war. Ein Schelm, wer Böses denkt! Offensichtlich sollte ein großer Teil der regierungsfreundlichen Charme-Offensive zur Wahlkampfhilfe auf Steuerzahlerkosten umfunktioniert werden.

Auch die Fortsetzung des Programms, die mit dem Doppelhaushalt für 2015/16 gegen unser Votum beschlossen wurde, kostet Millionen. Klar, dass wir genau hinschauen, ob die Mittel ordnungsgemäß eingesetzt werden. Mit einer Großen Anfrage (*Drucksache 6/762*) haben wir der Staatsregierung Aufklärung abverlangt. Die Antworten dokumentieren vor allem eines: mangelnde Professionalität und Unkenntnis. So ist bis heute unklar, ob bei der Präsentation der Angebote Fachleute

der Regierung anwesend waren, oder auch, ob das Leistungsverzeichnis von Sachverständigen erstellt wurde. Dass die Regierung diese Fragen nicht beantwortete, kann wohl nur als verschämtes „Nein“ gelten. Hinzu kommt, dass die Staatskanzlei selbst einfachste statistische Auswertungen der facebook-Aktivitäten in Form farbiger Diagramme nicht liefern konnte, obwohl sie mit wenigen Mausklicks sekundenschnell abrufbar sind. Für den **LINKE-Abgeordneten Klaus Tischendorf** war das nicht nachvollziehbar: „Aber vielleicht sind ihre Bildschirme ja noch im Schwarz-Weiß-Modus eingestellt“.

So verfestigt sich der Eindruck, dass die Staatskanzlei seit jeher mit der Steuerung der Kampagne überfordert ist. Mit externen Kommunikationsexperten kann nur auf Augenhöhe zusammenarbeiten, wer selbst über Expertise verfügt! Sonst droht die Gefahr, dass Leistungen ohne Sinn oder zu teuer eingekauft werden – die Agentur als privatwirtschaftliches Unternehmen muss schließlich Geld verdienen. Klaus Tischendorf erkannte zumindest Anzeichen dafür: So hat man für Konzeption und Layout eines 24-seitigen Wirtschaftsmagazins insgesamt 263.000 Euro ausgegeben, 250.000 davon allein für die Konzeption! Hinzu kamen weitere 468.000 Euro für Druck und Vertrieb. Das sei, so Tischendorf, „aber wirklich schon ein Fall für den Rechnungshof“.



Insgesamt bleibt unklar, ob der Umgang der Staatskanzlei mit der Kampagne und dem Landtag – den sie nur lückenhaft informiert – auf Unvermögen oder Absicht beruht. „Beides wäre nicht zu akzeptieren“, so Tischendorf. Überhaupt müsse Sachsen zunächst in seine Substanz investieren, anstatt sich einen schönen, aber letztlich durchsichtigen Anstrich zu verpassen. Wer beispielsweise Fachkräfte halten oder anwerben wolle, müsse attraktive Arbeitsplätze anbieten. Sonst nütze auch die beste Kommunikation nichts. Wir behalten weiterhin einen kritischen Blick auf die Kampagne. Das ist keine Erbsenzählerei – sondern parlamentarische Kontrolle, und ein Gebot der Vernunft.

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag